

Haushaltsdebatte unter schlechten Vorzeichen

Die Suche nach Einsparmöglichkeiten dominiert



Der Haushaltsplanentwurf wurde genau unter die Lupe genommen – nach satten Einnahmen wie noch vor wenigen Jahren sucht man jedoch leider vergebens. Foto: Jorma Bork / pixelio.de

Wie zu erwarten war, drehte sich die ganze Haushaltsdebatte um mögliche Kürzungen, zusätzliche Einnahmemöglichkeiten und Einsparvorschläge. Angesichts eines immensen Defizits in Millionenhöhe vermochten jedoch auch diese erneuten Einsparbemühungen den Haushalt leider nicht zu retten. Eine schmerzhafteste Haushaltskonsolidierung mit externer Unterstützung steht daher im nächsten Jahr auf dem Programm, um die strukturell hohen Ausgaben vor allem im Ergebnishaushalt genauer unter die Lupe zu nehmen.

Eine pauschale Kürzung sämtlicher Etats wurde diskutiert, die sogenannte „globale Minderausgabe“ jedoch mehrheitlich als nicht sachgerecht abgelehnt. Dahingegen wurde eine ausführliche Liste der Verwaltung mit Einsparmöglichkeiten diskutiert und weitestgehend verabschiedet. Darin war aus allen Bereichen etwas enthalten – viele Ansätze wurden gekürzt, Anschaffungen beziehungsweise Ersatzbeschaffungen

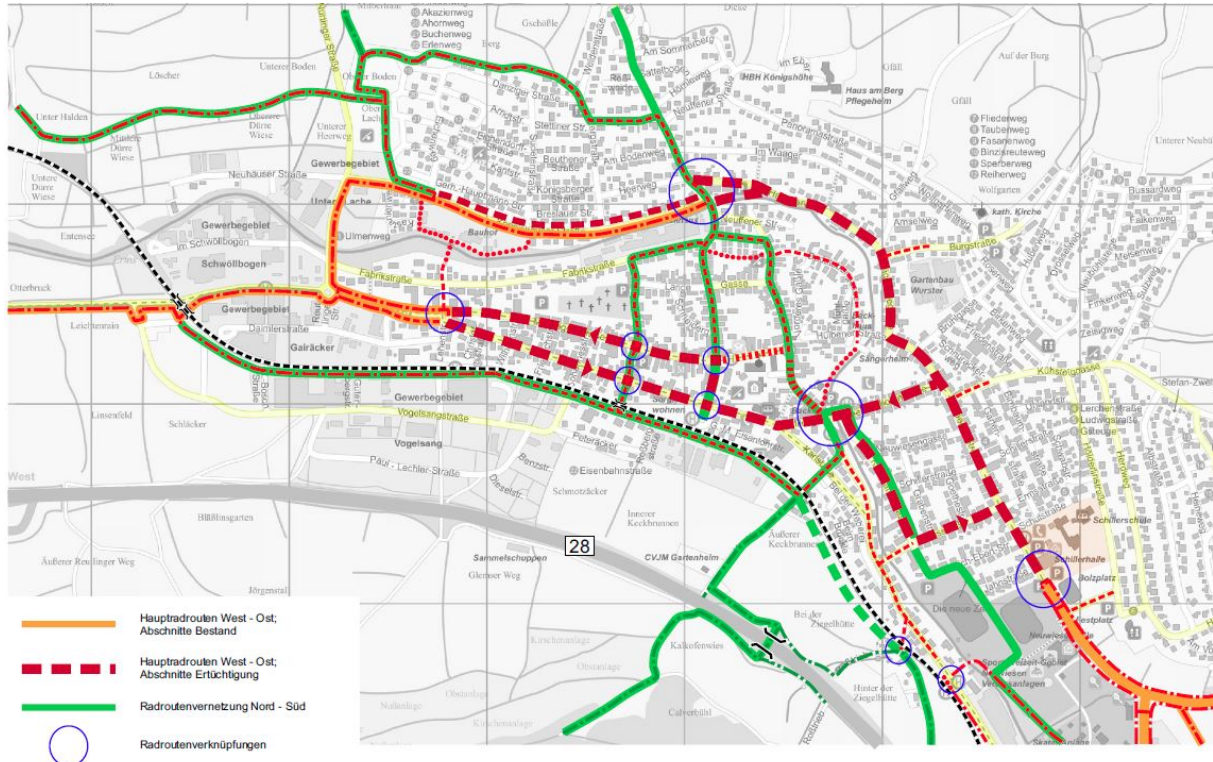
aufgeschoben sowie eine Erhöhung der Eintrittsgelder für das Freibad anvisiert. Die größten Einsparungen ergeben sich aus den laufenden Etats für Unterhaltungsarbeiten im Hoch- und Tiefbaubereich mit rund 122.000 Euro beziehungsweise 98.000 Euro sowie aus dem Schulbudget mit immerhin rund 45.000 Euro. Zusätzlich wurden beispielsweise für die Beschaffung von Fahrzeugen sogenannte Sperrvermerke verhängt, ebenso für eine bauliche Verbesserung und die Beschaffung eines Wartehäuschens für die Bushaltestelle „Kappishäuser Straße“. Dies bedeutet, dass die Mittel zwar zunächst im Haushaltsplan enthalten bleiben, sich der Gemeinderat vor Bewirtschaftung der Mittel aber eine nochmalige Entscheidung in der jeweiligen Angelegenheit vorbehält. Bei einem soll jedoch nicht gekürzt werden: Sicherheit. Als es um den Kürzungsvorschlag der erstmaligen Standsicherheitsprüfungen von Flutlichtmasten an Sportplätzen und Kleinspielfeldern ging, intervenierte Bürgermeister Michael Hillert und bat darum, die Mittel zu erhalten und die Standsicherheitsprüfungen wie geplant durchzuführen. Ebenso erhalten blieb, zumindest zunächst, der Ansatz der Vereins- und Jugendförderung, welcher in der angekündigten Haushaltskonsolidierung im nächsten Jahr jedoch sicher nochmals aufs Tableau kommen wird.

Insgesamt ergeben sich durch die beschlossenen Maßnahmen Verbesserungen in Höhe von 453.995 Euro im Ergebnishaushalt und 577.445 Euro im Finanzhaushalt. Das veranschlagte ordentliche Ergebnis verringert sich damit von einem Defizit von knapp 5 Mio. Euro auf immerhin knapp 4,5 Mio. Euro und der Zahlungsmittelbedarf sinkt von 2,75 Mio. Euro auf 2,3 Mio. Euro.

Über den Haushaltsplan 2021 wird endgültig in der Sitzung des Gemeinderats am 21. Januar entschieden.

Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur

Innerörtliche Haupt-Radrouten folgen weitgehend den Hauptverkehrsstraßen



Ausschnitt aus dem Entwurf des Routenkonzepts: Als Hauptrouten haben sich die dick dunkelrot gestrichelten Verbindungen herauskristallisiert.

Aus dem Input einer Bürgerbeteiligungsveranstaltung und der AG Bürgermobilität hatte ein Planungsbüro die bisherigen Problemstellen und Verbesserungsvorschläge ausgewertet und daraus Routenvorschläge abgeleitet. Diese folgen weitgehend den Hauptverkehrsachsen und fanden breite Zustimmung im Gremium. Die Machbarkeit beziehungsweise konkrete Ausgestaltung der Radverkehrsführung auf diesen Straßen muss in einem nächsten Schritt nun genau geprüft und planerisch untersucht werden.

Bürgermeister Michael Hillert wies gleich zu Beginn der Debatte darauf hin, dass wenn man etwas für den Verkehrsfluss und den Radverkehr tun wolle, dies auch mit Einschränkungen für den ruhenden Verkehr verbunden sein wird: „Dann ist es eben vielleicht nicht mehr möglich, sein Auto direkt vor dem Haus auf der Straße zu parken.“ Der Gemeinderat steht jedoch geschlossen hinter dieser „Verkehrswende“ wie es gar mancher betitelt. Von allen Seiten gab es positiven Zuspruch, sowohl für das von der Verwaltung gewählte Vorgehen mit breiter Bürgerbeteiligung (soweit es Corona zugelassen hatte), als auch für die Ausarbeitung des Routenkonzepts durch die Planungsgruppe Kölz. Andreas Weber vom Büro Kölz erörterte eingehend wie aus den

Anregungen der Bürgerschaft Routenvorschläge abgeleitet wurden. Dabei sollten vorhandene Nutzungskonflikte wie beispielsweise der gemeinsame Geh- und Radweg in der Karlstraße aufgelöst werden und die Radfahrer mehr in das Wahrnehmungsfeld des Autofahrers, d.h. auf die Fahrbahn rücken. Als Möglichkeit für bestehende Straßen, wo auch kaum bauliche Maßnahmen realisierbar sind, bieten sich hier für Dettingen Radschutzstreifen an. Ob und wie diese genau ausgestaltet werden können, muss nun unter anderem anhand der vorhandenen Straßenbreiten untersucht werden. Zudem stellte er fest, dass in Dettingen aufgrund der weitreichenden Temporeduzierungen auf 30 km/h in Wohngebieten und 40 km/h auf Hauptstraßen bereits viel getan wurde, um mit dem Fahrrad einfacher und sicher auf der Straße unterwegs zu sein.

Die innerörtlichen Hauptradrouten sind vorbehaltlich von Anpassungen im weiteren Planungsprozess wie folgt vorgesehen:

In der Karlstraße und Metzinger Straße soll jeweils eine Führung auf der Fahrbahn mit der Fahrtrichtung des Kfz-Verkehrs erfolgen.

Auf der anderen Seite der Erms ist vorgesehen, die Hülbener Straße, Sägmühlengasse, Am Hammerweg und Kappishäuser Straße jeweils in beide Richtungen sicher befahrbar zu machen.

Die Querverbindungen zwischen diesen beiden Routen sind einerseits über die Schneckenhofengasse (nur in Fahrtrichtung der Einbahnstraße) sowie in die andere Richtung über die Kohlplattengasse und die Ermsstraße geplant.

Anknüpfungspunkte sind jeweils bestehende Radverkehrsanlagen in Richtung Metzingen/Neuhausen oder ab der Schillerschule in Richtung Buchhalde und Bad Urach.

Kurz und bündig:

Neue Bezeichnung für das Gesundheitszentrum vertagt

Auf Anhieb konnte man sich nicht auf einen neuen Namen für das „Gesundheitszentrum Uhlandschule“, wie der Arbeitstitel war, einigen. Dieses wird gerade durch die KWG im ehemaligen Uhlandschulgebäude eingerichtet. Klar ist: Die von der KWG vorgeschlagene Bezeichnung „Gesundheitszentrum Karlstraße 73“ soll es nicht werden. Spontane Alternativvorschläge waren beispielsweise „Gesundheitszentrum am Schlösslesgarten“ oder „Gesundheitszentrum unterm Calverbühl“ während auch nicht wenige Gemeinderäte gerne weiterhin den Namen von Ludwig Uhland in irgendeiner Form mit eingebunden sehen würden.

Schillerschule: Lieferung und Montage von Digitalen Tafeln beauftragt

Der Auftrag über brutto 99.816,01 Euro zur Lieferung und Montage der Digitalen Tafeln ging an die Fa. Bochtler Medientechnik aus Schemmerhofen. Die Tafeln sind im

Medienentwicklungsplan der Schillerschule vorgesehen und werden über den „Digitalpakt Schule“ gefördert. Die Lieferung und Installation ist für die Faschingsferien 2021 geplant.

Änderung der Hauptsatzung beschlossen

Falls es notwendig werden sollte, sind nun auch im Jahr 2021 digitale Gremiensitzungen, d.h. ohne persönliche Anwesenheit der Ratsmitglieder möglich. Da es für die Corona-Pandemie lediglich eine Übergangsregelung hierzu in der Gemeindeordnung gab, musste diese Möglichkeit noch in der kommunalen Hauptsatzung verankert werden. Außerhalb von Pandemien und sonstigen Naturkatastrophen bleibt es aber beim Erfordernis der Präsenzsitzung. Lediglich Angelegenheiten „einfacher Art“, für die bisher bereits ein schriftliches Umlaufverfahren zulässig war, dürften unter Normalbedingungen auch per Videokonferenz beschlossen werden.

Sorglos Wohnen: Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung für den Versammlungsraum beschlossen

Der Gemeinderat beschloss nach Empfehlung des Verwaltungsausschusses die Änderung der Benutzungs- und Gebührenordnung des Versammlungsraums im Sorglos Wohnen. An den Gebühren für die Vermietung des Versammlungsraums gab es nur geringfügige Änderungen. Künftig sollen jedoch auch für grundsätzlich kostenfreie Raumnutzungen Gebühren anfallen, sobald eine Benutzung der Küche stattfindet und damit auch eine Reinigung bzw. Abnahme durch Gemeindepersonal erfolgen muss.

Beteiligungsbericht der KWG - Kommunale Wohnungsbau GmbH

Die Geschäftsführung der KWG hat den Gemeinderat im üblichen Jahresturnus über die Lage des Unternehmens und den Jahresabschluss 2019 informiert, wobei ein erfreulicher Gewinn in Höhe von knapp 40.000 Euro verbucht werden konnte. Im Aufsichtsrat hatte sich im Sommer durch das Ausscheiden von Wolfgang Budweg aus dem Gemeinderat auch hier eine Veränderung ergeben: Dr. Michael Allmendinger übernahm einige andere Funktionen von Herrn Budweg und machte daher seinen Sitz im Aufsichtsrat der KWG frei für Neu-Gemeinderätin Christine Weible. Der Wohnungsbestand der Gesellschaft liegt unverändert bei 50 Wohneinheiten, Baumaßnahmen wurden 2019 nicht durchgeführt. Aktuell liegt aber natürlich ein großes Augenmerk auf der Einrichtung des Gesundheitszentrums im ehemaligen Uhlandschulgebäude. Der Gemeinderat lobte die solide und ordnungsgemäße Arbeit und dankte der Geschäftsführung und ihrem kleinen Team.

Entfall des Neujahrsempfangs

Angesichts der aktuellen Lage nicht ganz überraschend teilte Bürgermeister Michael Hillert mit, dass der Neujahrsempfang für 2021 leider nicht stattfinden kann. Vielmehr rief er angesichts der aktuell im Landkreis und landesweit sehr hohen Infektionszahlen zur Disziplin bezüglich der geltenden Regelungen auf.